



Nr. 201.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. ...

Montag, den 30. August 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld M. 12.50 ...

Der Generalstreik.

Die Lage am Samstag abend.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Aug. Im Laufe des Samstags nachmittag ergab sich vom Generalstreik in Württemberg folgendes Bild: In Heilbronn herrschte bis 2 Uhr der einfache, von da an der verschärfte Generalstreik. In Ravensburg wurde der Generalstreik beschlossen, aber nicht vollständig durchgeführt. In Friedrichshausen haben die Arbeiter des Lustschiffbaus ebenso wie die der Fahrradfabrik den Generalstreik abgelehnt mit der Begründung, daß sie der kommunistischen Führung nicht folgen wollen. Der bekannte Kommunist Müller-Ravensburg agitiert äußerst lebhaft. Die weitere Wirkung seiner Umtriebe bleibt abzuwarten. In Untertürkheim haben etwa 100 junge Daimler-Arbeiter am Samstag morgen den Bahnhof besetzt und die Beamten an der Ausübung des Dienstes gehindert. Als man sie auf das Gefährliche ihres Beginns aufmerksam machte, antworteten sie, nur über ihre Leichen hinweg werde die Regierung wieder in den Besitz des Bahnhofs gelangen. Es dauerte nicht lange, bis die Hüpen der Automobile ertönten auf denen eine Schar Polizeiwache herannahen. Mithelos säuberte die Polizeiwache den Bahnhof und stellte den Betrieb wieder her. Der Bahnhof ist jetzt von Verkehrswehr besetzt. In Kornwestheim ging es etwas fürmlicher zu. Junge Arbeiter der Schuhfabrik Sigle erstürmten den Bahnhof. Aber auch hier floß kein Blut. Unter den Sturmenden befanden sich einige Eisenbahnarbeiter. Teile der Einwohnerwehr und die Verkehrswehr haben den Bahnhof bald darauf mit Hilfe eines Panzerzugs wieder in Besitz genommen. Die beiden Haupttrabanten wurden verhaftet und nach Stuttgart geschickt. In Stuttgart selbst verlief der Nachmittag und der Abend ruhig. Die Stadt lag völlig im Dunkeln, aber die Krankenhäuser und der Hauptbahnhof waren beleuchtet. Die Eisenbahnwerkstätten haben den ganzen Tag gearbeitet. Mit überwiegender Mehrheit lehnten sie den Eintritt in den Streik ab und erklärten, daß sie auch am Montag arbeiten würden, wenn ihnen Schutz gewährt werde. Dasselbe gilt vom gesamten Eisenbahn- und Postpersonal Groß-Stuttgarts. Der Streik wird mit aller Energie durchgefohrt. An fortgesetzten Versuchen, die Eisenbahner, insbesondere die Arbeiter der Betriebswerkstätten, zum Ausstand zu verleiten, fehlte es nicht; sie sind aber sämtlich an dem festen Willen der Verkehrsbeamten gescheitert, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Betrieb aufrecht zu erhalten. Nur die Straßenbahner verharrten im Streik. Auch am Sonntag ruhte der Straßenbahnverkehr völlig. Die Nacht ist, soweit bis jetzt bekannt, ruhig verlaufen.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Aug. Die Versuche, Stuttgart durch den Generalstreik trocken zu legen, sind gescheitert. Die Wasserversorgung war am Sonntag morgen in voller Tätigkeit.

(S.C.B.) Sindelfingen, 27. Aug. Im Sindelfinger Betrieb der Daimlerwerke wurden politische Arbeitererräte gewählt. Von den abgegebenen 994 Stimmen entfielen 341 auf die Unabhängigen und 558 auf die Kommunisten. Zehn erhalten 3, diese 4 Siege. 25 Stimmen waren ungültig.

(S.C.B.) Reutlingen, 29. Aug. Am Samstag mittag hat eine Betriebsräteversammlung nach lebhafter Aussprache mit 138 gegen 43 Stimmen bei einer größeren Zahl von Stimmenthaltungen den verschärfte Generalstreik beschlossen. Eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer hatte sich vor der Abstimmung entzogen. Eine Reihe von Betrieben hat sich für die Fortsetzung der Arbeit entschieden.

(S.C.B.) Würzburg, 29. Aug. Infolge des am Freitag nachmittag von den Betriebsräten Groß-Stuttgarts beschlossenen verschärfte Generalstreiks sind die Arbeiter der Haidgauer Torfwerke am Samstag früh in den Ausstand getreten. Ihnen mußte sich auch die Arbeiterschaft der anderen hiesigen Torfbetriebe anschließen. Ebenso wurden die in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Gehilfen zum Verlassen der Arbeit aufgefordert.

(S.C.B.) Ulm, 29. Aug. Eine Versammlung der Betriebsvertrauensleute, die am Samstag abend von 330-350 Vertretern besucht war und zur Frage des Generalstreiks Stellung nahm, hat den Generalstreik mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, nachdem Redner aller Parteischattierungen einschließlich der Kommunisten zur Sache gesprochen hatten. Versuche, die Versammlung gewaltsam zu zersören, wurden vereitelt.

Der Sonntag.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Aug. Hier wie auswärts hat der Sonntag in der Lage des Generalstreiks keine nennenswerte Veränderung hervorgebracht, wenigstens was den äußeren Verlauf anlangt. Gewalttätigkeiten sind von nirgendsher gemeldet worden. In Stuttgart zeigte sich der gewöhnliche Sonntagsverkehr. Die Wirtschaften und Kaffeehäuser waren überfüllt. Die fehlende Straßenbahn bewies den Stuttgartern, daß es eigentlich auch ohne sie geht. Abends wurde dann die fehlende Beleuchtung lästig und trieb zeitig zur Heimkehr. Vielen hat aber auch bei der Kerze auf der leeren Champagnerflasche

ihr Schoppen ausgezeichnet geschmeckt, besonders das 12%ige Bayerisch, das da und dort verzapft wurde. So wenig demnach das äußere Bild die fieberhafte Stimmung erkennen ließ, um so deutlicher trat sie nachmittags 3 Uhr in der Röllschuhbahn zutage, wo in arg überfülltem Raum vor mindestens 4000 Personen Hörnle sprechen sollte. Zuerst trat Kemmle auf. Er äußerte sich durchaus sachlich und ohne jede heberische Tendenz: Der Anschluß der U. S. P. an den Generalstreik sei lediglich aus Gründen der Solidarität mit den Ausgesperrten erfolgt. Hörnle richtete sich besonders gegen die Eisenbahner, die nicht streikten wollen, und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß wenigstens die Nachrichtenmittel (Post, Telegraph und Fernsprecher) in die Hände der Ausständigen kommen würden. Die Tatsache des Funktionierens der Verkehrswege glaube er durch Gewaltmaßnahmen aufheben zu sollen. - Uebrigens haben die Agitatoren, die auf gewaltsame Lösung drängen, seit einigen Tagen keinen festen Wohnsitz mehr. Es ist für ihr Vorgehen charakteristisch, daß in ihren Reden die Steuerfrage vollständig ausgeschieden ist. Die Bewegung ist völlig auf das politische Gebiet hinübergespielt worden. - Da die bereits erwähnten Versuche, einzelne Geschäfte durch Drohungen für den Montag zum Schließen zu zwingen, systematisch fortgesetzt werden, was leicht zu einer Verschärfung der Lage führen könnte, hat die Staatsregierung es für notwendig erachtet, ein weiteres Flugblatt herauszugeben und in etwa 30 000 Exemplaren in Groß-Stuttgart zu verteilen zur Aufklärung und Warnung, besonders mit der Erklärung, daß den Arbeitswilligen Schutz gewährt wird, den Einzelnen wie auch ganzen Betrieben. - Eine gewisse Verschärfung zeigt sich ferner darin, daß für morgen früh von 5 Uhr an den arbeitswilligen Betrieben Streikposten angekündigt sind. Die Regierung legt aber großen Wert darauf, daß die nicht stillgelegten Betriebe weiter arbeiten können. Wenn sich die Lage weiter verschärft, wenn etwa die Streikenden versuchen sollten, mit Gewalt in die Betriebe einzudringen, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber den Ausstand einmütig ablehnen, so wäre das Hausfriedensbruch, und gegen solche Gewalt wäre die Gegenwirkung durch Gewalt unvermeidbar. Ebenso müßte es mit allen Mitteln unterbunden werden, wenn etwa Streikende einen Versuch der Regierung, lebenswichtige Betriebe, wie die Versorgung mit Gas und Elektrizität wieder in Gang zu bringen, verhindern wollten. Darüber kann schon der Montag Klarheit schaffen. - Ueber den gestrigen vorzeitigen Schluß der Markthalle erfahren wir, daß die städt. Markthallenarbeiter sich ebenso wie die Straßenlehrer und die Latrinemänner dem Streik anschlossen. Die Marktüberreste blieben liegen. Wann der Markt wieder eröffnet wird, ist noch nicht sicher. Uebrigens sind viele Kommunisten von auswärts hier eingetroffen.

Die Stellung der Regierung zu den Forderungen der Streikenden.

Die Verhandlungen zwischen dem Streikauschuß und der Regierung zogen sich auch den Samstag nachmittag hin. Um 1/2 2 Uhr war eine Abordnung der Gewerkschaften und Betriebsräte beim Minister des Innern Graf, der beständig im alten Schloß weilte und mit unermüdlicher Tatkraft für die Wiederherstellung der Ordnung bemüht ist. Die Abordnung legte ihm vier Forderungen schriftlich vor (sofortige Zurückziehung der Truppen, sofortige Wiedereröffnung der Betriebe für die Arbeiter, Bezahlung der Streiktage und Verhandlungen über den Steuerabzug vom Lohn). Dem Aktionsauschuß gehörten Mitglieder aller sozialistischer Parteien an. Minister Graf erwiderte, er sei nicht in der Lage, eine Antwort auf die vier Forderungen zu erteilen, ohne mit dem Staatsministerium sich zu besprechen. Ein Teilnehmer der Abordnung fragte, ob der Minister nicht in der Lage sei, seine persönliche Meinung zu äußern. Auch das lehnte der Minister ab. Um 3 Uhr nachmittags trat am Samstag das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen. Um 4 Uhr empfing der Minister Graf die Abordnung aufs neue und erteilte ihr folgende schriftliche Antwort: „Die Regierung verlangt die bedingungslose Anerkennung des gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzugs am Lohn. Vor dieser Anerkennung ist eine Zurückziehung der Polizeiwache und Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe ausgeschlossen. Die Arbeitnehmer haben in den stillgelegten Betrieben den den Arbeitgebern gesetzlich auferlegten Steuerabzug durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt verhindert. Sie haben dadurch einen gesetzlichen Grund zur sofortigen Entlassung durch die Arbeitgeber geschaffen. Die Streikenden haben ohnehin keinen Anspruch auf Lohn während der Streiktage. Die

Regierung vermag daher die Forderung der Erstattung des Lohnausfalls nicht anzuerkennen.“

Am Samstag früh erschien ein Flugblatt des Aktionsauschusses. Da die bürgerliche Presse wegen Strommangels am Erscheinen verhindert war, der Regierung also eine Gegenwirkung durch die Zeitungen verschlossen blieb, entschloß sich die Regierung, ebenfalls mit einem Flugblatt zu antworten, das in 100 000 Exemplaren hergestellt wurde; 30 000 wurden in Stuttgart, 70 000 im Lande verbreitet, größtenteils durch Maueranschlag. Es hat die Ueberschrift: „Wer trägt die Schuld?“ In sachlichen, äußerst maßvollen Darlegungen, die inzwischen unsern Lesern bekannt geworden sind, widerlegt es die Behauptungen des Streikflugblattes. - Man hat den Eindruck, daß die Regierung willens und in der Lage ist, mit freier Hand, aber unter Vermeidung jeder Herausforderung dem Streik die nötige Achtung zu verschaffen. Es kann sein, daß der Streik sich noch einige Tage hinzieht, aber die weit überwiegende öffentliche Meinung geht dahin, daß der Ausstand völlig sinnlos begonnen wurde und ergebnislos endigen wird. Die in dem Steuergesetz unzweifelhaft vorhandenen Härten werden dem verfassungsmäßigen Wege der Gesetzgebung beseitigt. Es ist aber nicht Sache der württemb. Staatsregierung, sondern der Reichsregierung, die die Frage zu prüfen hat, ob der Procentsatz des Steuerabzugs nicht bis zu einer gewissen Einkommenshöhe ermäßigt und das steuerfreie Existenzminimum erhöht werden kann. Mit Gewalt ist dies auf keinen Fall zu erreichen. Gesetz ist Gesetz und kann nur auf gesetzlichem, durch die Verfassung vorgeschriebenem Wege wieder geändert werden.

Eine dringliche Eingabe zum Steuerabzug.

(S.C.B.) Stuttgart, 28. Aug. Der Abg. Andre (Str.) hat dringlich gehaltene Eingaben sowohl an die Reichsregierung als an die württ. Regierung gerichtet, in denen er darum nachsucht, daß unverzüglich eine wesentliche Erhöhung des steuerfreien Einkommens und eine erheblich prozentuale Herabsetzung des Steuerabzugs bei allen gegen festen Lohn oder Gehalt tätigen Arbeitern und Angestellten unter Anrechnung zu viel bezahlten Steuern auf die künftigen Steuerbeträge eintritt. Begründet wurde diese Forderung damit, daß bei der Schaffung des Einkommensteuergesetzes mit der großen Geldentwertung nicht als gerechnet werden können, daß Einkommensteuerleistungen von 1000-2000 Mark seitens der Arbeiter zu hohe Steuerleistungen seien, zumal auch die Arbeiterschaft stark zu den indirekten Steuern beitragen müsse, ganz abgesehen von den Katastersteuern, die jene Arbeiter tragen müßten, die Grundbesitz hätten. Die Regierungen wurden ersucht, in einer Erklärung auszusprechen, daß sie bereit sind, in dem Sinne dieser Vorschläge unter prinzipieller Festhaltung am Steuerabzug für eine sozialere Gestaltung des Einkommensteuergesetzes unverzüglich Sorge zu tragen.

Der deutsche Gewerkschaftsbund gegen den Streik.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. August. Im überfüllten Saal des Friedrichshaus haben am Samstag abend die Vertrauensleute der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände (Gesamtverband deutscher Staatsangestellter-Gewerkschaften, B. C. V., D. B. B., B. C. J., Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften) Stellung zum Generalstreik. Einstimmig wurde eine Entschlieung angenommen, wonach die Vollversammlung der Vertrauensleute dem ratenweisen Steuerabzug grundsätzlich nicht ablehnend gegenübersteht. Von einer grundsätzlichen und gewaltsamen Verhinderung der Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzugs durch die Gesamtheit der Arbeitnehmer könne nicht die Rede sein. Die Regierung hätte sich vor der Schließung und militärischen Besetzung der Betriebe mit den Berufsverbänden in Verbindung setzen müssen. Die freiwillige Kollektiventlassung der Arbeitnehmer mit langfristigen Dienstverträgen sei ungesetzlich und rechtswirksam. Um aber den Bestand des Reiches und seiner Gliedstaaten im Zusammenhang mit der Steuererhebung nicht zu gefährden, ist der Bund mit dem Steuerabzug an Lohn und Gehalt zunächst einverstanden, unter der Voraussetzung, daß die militärische Besetzung der Betriebe sofort zurückgezogen und Weiterbeschäftigung der Ausgesperrten gewährleistet wird. Die Organisationsleitungen werden beauftragt, mit der Regierung zwecks weiterer Mitteilungen in der Einkommensteuer sofort Verhandlungen anzuknüpfen. Es soll ein gemeinsames Wortstelligwerden der Vertreter des württemb. Wirtschaftsgebietes bei der Reichsregierung mit Unterstützung der württemb. Regierung stattfinden. Des weiteren werden sofortige energische und planmäßige Schritte zur Verbilligung der Lebenshaltung, gestützt auf die Mitwirkung der Arbeitnehmer und Verbraucher bei der Preisgestaltung in Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verkehr gefordert. Ohne verbilligte Lebenshaltung ist bei dem der

zell.
ert
alw.
ändler
zirks Calw
ung
August
i Dreiß
handelsbundes
nd für Handel
g halten über:
hhandels.
uschuß
ndes Calw.
Vortrag
Calw,
er statt.
nnermann.
wäsche
80 cm
deter
18.-
Stendle,
in Adark.
erg
alt.
z, Badstr.
iren
Transport-,
rung
rtreter
zell.
meter verkauft
mangel: einen
weilfen
defen
ngen, einen
enscheck
ngen, einen
enbock
einen 8 Wochen
u n d,
g Hühnerhund.
Alzenberg.
ein
hrrad
in tadellosem
er, Ernstmühl.

gegen Einkommen die Steuerentziehung auch bei voller Wirkung der Staatsnotwendigkeiten auf die Dauer unmöglich. Dem Generalstreik tritt der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht bei. Dieser Streik ist nach Zustandekommen, Leitung und Durchführung ein ausgesprochen politisches Unternehmen extrem sozialistischer und kommunistischer Parteigruppen. Er bedeutet den grundsätzlichen Kampf zwischen diesen Gruppen und dem gegenwärtigen, durch die Verfassung geschützten Staat. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat keine Veranlassung, diesen Kampf gegen den Staat zu unterstützen. Die Mitglieder der angeschlossenen Verbände werden zur Weiterarbeit aufgefordert. Für die Stilllegung der Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, sofern sie durch die Entwicklung der Lage nötig werden sollte, sind die Bestimmungen der Verbände maßgebend.

Streik und Presse.

(S.G.B.) Stuttgart, 29. Aug. Die zuständigen Organisationen haben sich gestern mit der Frage befaßt, wie trotz des Streiks der völlige Ausfall der Presse wenigstens zum Teil befeitigt werden kann. Beschlossen wurde, daß vom Montag an eine einzige Zeitung in Stuttgart als reines Nachrichtenblatt und Publikationsorgan der Staatsregierung in deren Auftrag erscheinen wird. Die Redaktionen sämtlicher bürgerlichen Blätter werden daran mitarbeiten. Die Hauptaufgabe des Blattes ist, falsche Nachrichten über die Haltung der Regierung sofort richtig zu stellen und für eine wahrheitsgemäße Aufklärung der Bevölkerung zu sorgen. Das Blatt wird einen besonderen Namen erhalten und vollkommen unparteiisch sein, indem es lediglich der Politik des gesunden Menschenverstandes zu dienen bestimmt ist.

Der Krieg zwischen Rußland und Polen.

Stillstand der polnischen Offensive.

Berlin, 29. Aug. Der Warschauer Berichterstatter der „Weltliche Tidende“ teilt mit, daß die große polnische Offensive infolge der Ermattung der polnischen Truppen, teils infolge des wachsenden Widerstandes der Sowjettruppen zu ihrem vorläufigen Abschluß gelangt ist. Die Polen sind bis nördlich Grodno vorgedrungen. Weiter südlich haben sie die kleine Sperrefestung Nowice am Dniepr genommen. Noch weiter südlich haben sie Lublin erreicht. Von hier verläuft die polnische Linie südlich Bialystok—Brest-Litowsk am oberen Bug. Es wird gemeldet, daß bei Lomza heftig gekämpft wird. Es ist aber zu erwarten, daß auch hier bald Stillstand eintritt. Die Defertationen im polnischen Heere haben in der letzten Zeit in einem Grade zugenommen, daß sich das Warschauer Generalkommando zur Errichtung eines besonderen Standgerichts für Defertoren genötigt sah.

Berlin, 29. Aug. Der „Daily Mail“ meldet: Die Russen haben sich im Norden von Bialystok gesammelt, wo schwere Kämpfe im Gange sind. Die russische Armee bereitet sich zu einer Gegenoffensive in Richtung von Brest-Litowsk vor. Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ ist eine russische Armee von 30 000 Mann, die aus russischen Garben in Petersburg zusammengeführt ist, im Anmarsch auf Lomza.

Berlin, 29. Aug. Die Kopenhagener „Politiken“ melden: Die Bolschewisten haben bei Mawa einen großartigen Sieg errungen. Die polnische Abicht, vorzurücken und eine Armee von 30 000 Mann abzuschneiden, wurde von drei russischen Divisionen vereitelt, die einen energischen Gegenangriff machten. Der Angriff übertraf die Polen derart, daß die Russen einen vollständigen Sieg davontrugen.

Berlin, 29. Aug. Wie aus Moskau gemeldet wird, schreibt die „Iswestia“ über das neue militärische Aufgebot Sowjetrußlands: Das ganze Reich sei in 93 Militärbezirke eingeteilt, in denen vom Schulknaben bis zum 50-Jährigen alle Männer einberufen und militärisch geschult würden. Die Reserven für den heftigen Feldzug betragen 4,7 Millionen vollkommen ausgebildeter, bisher noch nicht einberufener Wehrpflichtiger.

Berlin, 29. Aug. Die „Morning Post“ meldet von der polnischen Front am Freitag: Die russische Offensive hat den polnischen Vormarsch noch nicht aufgehalten. In Ausnutzung der Erfolge am oberen Bug griffen die Polen die russische Front bei Pinsk an, um hier das russische Zentrum zurückzudrängen, oder zu durchbrechen. Bis jetzt zeigt sich aber kein Nachlassen des russischen Widerstandes.

Die „Times“ meldet aus Warschau, daß nach der Einnahme von Grodno die Russen auf die Bahnlinie Wilna—Lida zurückgegangen sind. Zwischen Lomza und Pinsk werfen die Russen Schützengräben aus. Das am Freitag in der Gegend von Lomza hörbare Geschützfeuer bestätigt das Vorhandensein starker bolschewistischer Kräfte in dieser Gegend. Bolschewistische Grenzüberreitungen sind in den beiden letzten Tagen nicht mehr erfolgt. In Galizien stehen die Polen in der Entlastungs-offensive für Lemberg im Stromgebiet des Lopa-Lipa.

Ein deutsches Urteil.

Berlin, 30. Aug. In einer Unterredung, die ein Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ mit einem Vertreter des Westkreiskommandos über die Lage in Ostpreußen hatte, äußerte sich letzterer über die weitere militärische Entwicklung: Die Lage sei ganz ungewiss. Die Gerüchte von großen russischen Truppenansammlungen seien wahrscheinlich sehr übertrieben. Bemerkenswert aber sei die Tatsache, daß die Polen an der Grenze Gräben und Verschanzungen mit der Front nach Deutschland bauten. Sie fürchten offenbar eine Verbindung Deutschlands mit Rußland. Ob die Polen sich damit begnügen werden, ihr Land vom Feinde befreit zu haben, oder ob sie über die Grenze hinaus marschieren werden, bleibe abzuwarten.

Die neuen polnischen Forderungen.

Berlin, 29. Aug. Der dem polnischen Außenminister Szepka nahestehende „Mezas“ nennt die Hauptpunkte der polnischen Friedensbedingungen: 1. Anerkennung der inneren und äußeren Unabhängigkeit Polens. 2. Zuerkennung einer Ostgrenze, bei der alle Gebiete mit polnischer Bevölkerung oder polnischer Kultur an Polen fallen. 3. Dauernde Zugehörigkeit Litauens zu Polen. Die Unabhängigkeit Litauens und Weißrußlands müssen in der Weise gewährleistet werden, daß nicht die Gefahr einer Abhängigkeit von Sowjetrußland besteht. Um

dies zu erreichen, können die Randstaaten vorläufig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Am den Verhandlungsort.

London, 29. Aug. Tschischerin hat die polnische Regierung gebeten, die weiteren Verhandlungen in einer Stadt Ostlands abzuhalten.

Danzig in der Gewalt der Entente.

Eine Erklärung des Oberkommissars.

Danzig, 26. Aug. In der heutigen Sitzung des Staatsrats gab Oberkommissar Sir Reginald Lower eine Erklärung ab, in der er betonte, die alliierten Mächte seien entschlossen, die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Was aber in den letzten Tagen in Danzig geschehen sei, sei ein Beweis, daß die Stadt Danzig noch nicht ganz in Frieden und Ordnung zu halten sei. Ferner habe die bedauerliche Resolution in der verfassunggebenden Versammlung über die Neutralität bei den alliierten Mächten Erstaunen und Erregung hervorgerufen. Die Stadt Danzig sei noch nicht Freistaat und habe kein Recht, über die Neutralität zu sprechen. Lower kritisierte dann die Verhinderung der Beförderung von Munition und Passagieren, polnischer Rückwanderern. Dies sei mit den Bestimmungen des Friedensvertrags nicht vereinbar. Wenn mehr ausländische Truppen und Schiffe herkommen müßten, werde nur die Stadt Danzig daran schuld haben. Ob Danzig ein Freistaat werde, hänge von den nächsten Tagen ab. Danzig habe die Bedingungen des Friedensvertrags und das Abkommen vom 22. April gar nicht respektiert. Ob jetzt noch Zeit sei, dieses Unrecht wieder gut zu machen, das hänge allein von Danzig ab. Die Stadt müsse die Kosten der stärkeren Besetzung und der Requisition von Gebäuden und anderem bezahlen. Wenn die Hafenarbeiter sofort die Arbeit wieder aufnehmen, werde dies große Vorteile für sie haben. Es könne auch Vieles wieder gut gemacht und Schweres verhindert werden. — Der Vorsitzende des Stadtrats, Oberbürgermeister Sah n, erwiderte hierauf u. a., bei Beurteilung der Sachlage müsse dreierlei unterschieden werden: 1) die Neutralitätserklärung der verfassunggebenden Versammlung, 2) die Weigerung der Hafenarbeiter, Kriegsmaterial zu löschen und 3) die Gewalttakte gegen den Transport von Kriegsmaterial und ähnlichem, das für Polen bestimmt war. Die verfassunggebende Versammlung habe lediglich an den Oberkommissar den Antrag gestellt, für das Gebiet der Freien Stadt Danzig die Neutralität zu erklären. Was die Weigerung der Hafenarbeiter angehe, Munition zu entladen, so werde man nirgends in der Welt einen Arbeiter zwingen wollen oder können, eine Arbeit zu verrichten, deren Ausführung er ablehne. Anders liege es bei den Gewalttaten, die aber nicht von den Hafenarbeitern im eigentlichen Sinne verübt worden seien. Die Staatsgewalt werde alles tun, um Eigentum eines fremden Staates mit den zur Verfügung stehenden Polizeikräften zu schützen. Schwieriger liege die Frage der Transportverhinderung, soweit es sich um Kriegsmaterial, Lokomotiven usw. handle. Hier liege bisher eine Erklärung der alliierten Mächte über die von der Bevölkerung Danzigs gewünschte Neutralität nicht vor. Erst wenn eine solche Stellungnahme offiziell erfolgt sei, werde es Aufgabe der Staatsregierung sein, entsprechende Maßnahmen zu veranlassen. Wenn die Bevölkerung Danzigs sich weigern würde, etwaigen Anordnungen des Oberkommissars Folge zu geben, dann würde die Votchkonferenz besonders ihre Schlüsse ziehen können. Die verfassunggebende Versammlung habe ihren Beschluß nicht gefaßt, getragen von irgend einer feindseligen Abicht gegen Polen, sondern von dem heißen Wunsch, die Heimat vom Krieg verschont zu halten. Er, der Oberbürgermeister, würde dem Oberkommissar dankbar sein, wenn diese Darstellung zur Kenntnis der alliierten Mächte u. der Votchkonferenz gebracht würde.

Danzig, 27. Aug. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist ein Geschwader von 4 kleinen englischen Kreuzern in Begleitung von einigen Hilfschiffen in die Danziger Bucht eingelaufen und anfert gegenwärtig auf der Reede unmittelbar vor Neufahrwasser. Einer der Kreuzer führt die britische Admiralsflagge. Im Hafen liegen zwei weitere englische Kriegsschiffe, sowie zwei englische Panzerkreuzer.

Paris, 27. Aug. Der Times-Korrespondent berichtet aus Danzig, daß die Entladung der Munition, die durch französische Matrosen vorgenommen wird, sich bisher ohne Zwischenfall vollzieht. Nicht einmal die kommunistischen Elemente hatten bisher Schwierigkeiten bereitet.

Die Danziger Eisenbahner verweigern die Beförderung von Polen.

Berlin, 28. Aug. Dem „Berl. Lokalanzeiger“ wird aus Warschau mitgeteilt, daß das Eisenbahnpersonal von Danzig sich weigere, 2300 Polen, die aus Amerika gekommen seien, weiter zu befördern.

Ausland.

Beschärfung des Besetzungszustandes im Rheinland.

Koblenz, 28. Aug. Die interalliierte Rheinlandkommission hat beschlossen, ihren Delegierten in den Kreisen Ludwigshafen, Reuß, März und Crefeld die Ermächtigung zu erteilen, für den Zeitraum von 2 Monaten alle Sitzungen, Zusammenkünfte oder Versammlungen zu untersagen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind und sofern es ihnen notwendig erscheint, den Aufenthalt auf der Strafe während der Nachtzeit zu verbieten.

Die Unterdrückung der deutschen Schulen in der Tschechoslowakei.

Wien, 28. Aug. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die deutschen Schulbehörden in Böhmen wurden über die Auflassung von 100 deutschen Schulklassen verständigt, so insbesondere in Rumburg, Johannstadt und Trautenau. Seit dem Bestehen der tschechoslowakischen Republik sind mindestens schon 400 deutsche Schulklassen aufgelassen worden.

Die „kleine Entente“.

(W.B.) Paris, 29. August. Nach einer Bukarester Havasdepesche wird sich der rumänische Minister des Äußern nach Athen begeben, um mit Benizelos über den Anschluß Griechenlands an die sogen. „kleine Entente“ zu verhandeln. — (Die „kleine Entente“ soll die Tschechoslowakei, Südslavien, Rumänien und Griechenland umfassen, und den Zweck haben,

die Interessen dieser Staaten gegen Ungarn, Oesterreich, Bulgarien und letzten Endes Deutschland zu schützen, gleichzeitig aber auch zu verhindern, daß man von der Entente wirtschaftlich ausgebeutet wird.)

Der türkische Freiheitskampf.

(W.B.) Rom, 29. Aug. Nach einem Bericht aus Konstantinopel vom 25. t. Ms. mußten sich die Griechen von ihrer Stellung bei Dmirdist zurückziehen. In der Gegend Masteir und Utschal dauern die Kämpfe an. Griechische Verstärkungen sind auf dem Marsch. — Weiter wird berichtet: Nachrichten aus Adalia bestätigen den Ernst der Lage in den von den englischen Truppen besetzten Gebieten. Die Bahnlinie Bagdad—Basrah ist an mehreren Stellen unterbrochen.

Ein Zeppelinrekord.

(W.B.) Rom, 29. Aug. Das Zeppelinluftschiff „L 1“, das als erstes lenkbares Luftschiff die Alpen überflogen hat, ist heute nachmittag hier gelandet.

Kommunistenprozess in Chicago.

Newyork, 3. Aug. Der große Kommunistenprozess in Chicago ist mit der Beurteilung der Angeklagten zu Strafen von 1 bis 5 Jahren Gefängnis und kleineren oder größeren Geldbußen zu Ende gegangen. Den 19 Angeklagten wurde zur Last gelegt, ein Komplott geschmiedet zu haben, um die Regierung der Vereinigten Staaten zu stürzen, indessen war nichts Tatsächliches in dieser Richtung geschehen, außer wenn man den Teil des kommunistischen Programms, der von der Diktatur des Proletariats, die baldmöglichst eingesetzt werden sollte, handelt, als den Beginn einer solchen Verschwörung gelten lassen will. Unter den Beurteilten ist der deutsche Redakteur Ludwig Lore und der mehrfache Millionär William Broß Lloyd. Es werden jetzt 86 weitere Kommunisten abgeurteilt werden, worauf dann die Verhandlungen gegen 37 Syndikalistinnen beginnen. Zum Schluß kommen drei Frauen, die das kommunistische Manifest unterzeichnet haben, an die Reihe. — Man sieht, das „freie“ Amerika geht gegen die Kommunisten anders vor, als die deutsche „Vourgeoisie“.

Das Frauenwahlrecht in Amerika.

Washington, 27. Aug. Die Ratifizierung der 19. Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten, durch die den Frauen das Wahlrecht zuerkannt wird, ist heute vom Staatssekretär Colby amtlich bekannt gegeben worden.

Deutschland.

Die deutsche Gegenwirkung in Westpreußen.

Berlin, 27. Aug. In dem infolge der Volksabstimmung wieder zu Deutschland gelangten Teile Westpreußens hat sich in den jüngsten Tagen die monatelange Erregung der Deutschen in bedauerlichen Vorfällen Luft gemacht. Wenn es auch nicht zu Ausschreitungen gegen Leib und Leben gekommen ist, so hat doch die polnische Bevölkerung mehrfach zu leiden gehabt. In Freystadt wurde der Pfarrer aus der Kirche geholt und gezwungen, eine polnische Fahne zu verbrennen. In Bischofswerder ließ sich die erregte Menge zu Verletzungen der Grenze hinreißen. An anderen Stellen wurden polnische Einwohner zum Verlassen der Häuser gezwungen und bedroht. Die Reichsregierung hat bereits ihre erste Mißbilligung derartiger Vorfälle zu erkennen gegeben. Sie wird mit aller Energie für Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit in den Gebieten mit deutsch-polnischer Bevölkerung sorgen. Nur dann, wenn die in Deutschland lebenden Polen durchaus unbehelligt bleiben, vermag die Reichsregierung mit Nachdruck für die in Polen lebenden Deutschen einzutreten.

Auswanderungsschiffe nach Amerika.

Hamburg, 27. Aug. Nach den kürzlich in Amerika mit der Hapag getroffenen Vereinbarungen wird anfangs Januar der frühere deutsche Dampfer Prinz Eitel Friedrich (8899 Bruttoregistertonnen), der außer der Frachtbeförderung auch ungefähr 1500 Zwischendeckpassagieren Ueberfahrgelegenheit zu bieten bestimmt ist, ein neuer Dienst zwischen Hamburg und Newyork eröffnet. Im Februar und März folgen 2 weitere 8000 Tonnen-Dampfer, die für etwa die gleiche Zahl Zwischendeck eingerichtet sind. Durch Eröffnung dieses Dienstes ist wieder der Anfang damit gemacht, daß mittel- und osteuropäische Auswanderer, die nach Abgabe der deutschen Flotte nach ausländischen Abfahrthäfen zu gehen genötigt sind, den von früher gewohnten Weg über Hamburg nehmen können. — Es kann jetzt also die Auswanderung unserer intelligentesten und strebsamsten Arbeitkräfte nach dem Land beginnen, dessen Volk den Ausschlag für die Vernichtung der Freiheit des deutschen Volkes gegeben hat. Kulturdünger für die Angelsachsen!

Riesenorganisation von Güterräubern.

Hamburg, 27. Aug. Die hiesige Kriminalpolizei hat eine Riesenorganisation von Güterräubern aufgespürt. Bisher wurden 30 Personen verhaftet. Die Bande hat die Hamburger Kaufmannschaft, die Eisenbahn und zahlreiche Versicherungsgesellschaften um Beträge im Werte von über 30 Millionen A geschädigt. In großen Diebstahlern im Zentrum der Stadt, im Stadtteil Hammerbrook, im Freihafen usw. wurden umfangreiche Warenmengen beschlagnahmt, u. a. allein für 10 Millionen Mark Handschuhe, riesige Posten Stoffe, Perlenhandtaschen, Wackuhren, Paletots usw. Die beschlagnahmten Waren stellen nur den kleinsten Teil der geraubten Waren dar. Der größte Teil ist bereits ins Ausland verschoben. Nur ein geringer Teil ist bisher zu Geld gemacht worden.

Arbeiterausschluß wegen Steuerabzugsverweigerung.

(W.B.) Düsseldorf, 28. Aug. Die Aktiengesellschaft Gebr. Schön dor ff hat ihren Betrieb geschlossen, da die Arbeiter sich weigerten, den Steuerabzug anzunehmen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. August 1920

Ergebnis einer Gewerbelehreprüfung.

* Auf Grund der in Karlsruhe abgelegten Dienstprüfung ist u. a. Alexander Bütter von Calw zur Vergebung von Gewerbeprüfungsstellen an württ. Gewerbeschulen für befähigt erklärt worden.

Mangelhafte Getreideablieferung.

Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt: Die Getreideablieferung ist, wie aus den Veröffentlichungen des Reichsministeriums bekannt geworden ist, außerordentlich schlecht; sie ist seit der ordentlichen Ernte um ein mehrfaches hinter der Ablieferung von 1918 zurückgeblieben. Das Jahr 1919 kann zum Vergleich nicht herangezogen werden, weil es 1919 keine Frühdruschprämie gab. Diese mangelnde Ablieferung kann im Verlauf des Wirtschaftsjahres außerordentlich verhängnisvoll werden, wenn nicht eine ganz wesentliche Besserung eintritt. Die bisherigen Ablieferungen gestatten in keiner Weise, eine Reserve anzufammeln und die von der Regierung geplante Vorratsspolitik durchzuführen. Wir kommen somit im Laufe des Winters und Frühjahr unfehlbar wieder in die gleich schwierige Lage, wie in diesem Jahre, wo das Brot infolge des Zuflusses an Strohmitteln sehr schlecht und außerdem an Quantität gering war. Das ist im laufenden Wirtschaftsjahr umso verhängnisvoller, als die Durchführung des Spa-Abkommens eine erhöhte Arbeitsleistung verlangt und für diese erhöhte Arbeitsleistung eine bessere Brotverforgung als erste Voraussetzung gilt. Die Bergarbeiter haben auch immer zuerst mehr und besseres Brot verlangt. Gelingt es uns also nicht, eine bessere Brotverforgung herbeizuführen, so können wir auf eine Erfüllung des Spa-Abkommens nicht rechnen, was gleichbedeutend sein wird mit der Befegung des Ruhrgebietes. Um das zu verhindern, muß unter allen Umständen eine bessere Brotverforgung und stärkere Getreideablieferung herbeigeführt werden. Die Landwirte dürfen über die außerordentlich großen Gefahren, die eine schlechte Ablieferung mit sich bringt, nicht im Unklaren gelassen werden. Was die Befegung des Ruhrgebietes in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten würde, darüber besteht kein Zweifel. Politisch würde sie die größten Gefahren für ein Auseinanderreißen Deutschlands mit sich bringen, wirtschaftlich den Verlust der Kohlen auf dem ganzen Gebiet bedeuten und damit einen Kohlenmangel in den übrigen Teilen Deutschlands hervorrufen, der die bisherigen Schwierigkeiten weit aus in den Schatten stellen, die Industrie ruinieren und der Landwirtschaft ihren Betrieb ebenfalls unmöglich machen würde.

Vom Landesarztvertrag.

Nach einer Bekanntmachung des Ehlinger Delegiertenverbands gelten die Festsetzungen des Landesarztvertrags über Sonntag- und Samstagnachmittag-Beratungen nur dann, wenn eine regelmäßige Sprechstunde am Sonntag bezw. Samstag mittags 2 Uhr nicht stattfindet. Wenn in einem Bezirk am Sonntag immer noch regelmäßige Sprechstunden stattfinden, so kann die Beratung nicht als Sonntagsberatung angerechnet werden. Dies gilt auch von Sonntagsbesuchen, die ebenso am Wochentag eingeteilt werden können.

Er als Brennstoff.

Der außerordentliche Mangel an Kohlen und die durch den Krieg bedingte Knappheit an sonstigen Brennstoffen läßt den vielfach unterschätzten Torf als geeignetes Ersatzmittel für Haus- sowie Industrieheizungen wieder zu Ehren kommen. Von allergrößter Bedeutung bei der Verwendung des Torfes ist, daß er gut trocken und fest ist. Der Wasser- und Aschegehalt des luft-trockenen Torfes soll 35 vom Hundert nicht übersteigen und im allgemeinen sich zwischen 18 und 25 vom Hundert bewegen. Sobald diese Bedingungen nicht gegeben sind, ist der Torf minderwertig. Es ist deshalb beim Einkauf darauf zu achten, daß der Torf absolut trocken, aschenarm und dicht ist und eine schwarze

Nützliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in Oberjettingen bei einer Schafherde ausgebrochen.

Calw, 28. August 1920.

Deramt: Bögel, Amtmann A. B.

Vergütung für Kriegseinstellungen.

Gemäß Art. 21 Abs. 3 des Gesetzes über Kriegseinstellungen vom 13. 6. 1873 (RGBl. S. 121) werden die Gemeinden Altburg, Althengstett Liebentzell, Neuhengstett, Oberfollbach, Oberreichenbach, Ostelsheim, Stammheim, Unterreichenbach und Zavelstein aufgefordert, ihre Anmerkungen über Vergütung für Naturalquartier und Stallung in den Monaten November und Dezember 1918 der Oberamtspflege Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen.

Calw, den 26. August 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

bis schwarzbraune Farbe hat. Ferner nehme man Torf von kleiner Sodengröße, da dieser besser brennt und gleichzeitig die Gewähr bietet, genügend trocken zu sein. Daß man sich beim Einkauf des Torfes nach Gewicht bei Beachtung der vorstehend gemachten Vorschläge am günstigsten sieht, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Für die Verwendung des Torfes als Hausbrand gibt die Flugschrift des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich folgende Regeln: Den zu verfeuernden Torf bewahrt man in angemessenen Mengen am besten in dem zu heizenden Raume auf; hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, den Torf noch abzutrocknen. Nach Anlegung des Anfeuerholzes füllt man den Ofen, so viel er fassen kann, man Torfstücken und zündet an. Den etwa zurückbleibenden Rest an Torf kann man später, nach etwa einer Stunde nachlegen. Während der Einheizzeit, die bei gewöhnlichen Defen etwa 1½ bis 2 Stunden dauert, bleibt die Lufttür (Heiztür), bei rostlosen, die Aschenfalltür, bei Rostöfen, etwa 10 Millimeter weit geöffnet. Nach der Anheizung, also nach etwa zwei Stunden, wenn der ganze Torf in Glut ist, werden alle Türen dicht verschlossen, dieses gilt für den Ofen mit Rost, wie für den Ofen ohne Rost. Infolge des größeren Sauerstoffgehalts des Torfes gegenüber den anderen Brennstoffen geht die Verbrennung mit Hilfe dieses Sauerstoffes und noch etwa zudringender Luft auch bei verschlossenen Ofentüren weiter vor sich, und zwar bei den rostlosen Defen wegen der vollständigen Luftabsperrung bedeutend langsamer als bei den Defen mit Rost, bei denen der Abfluß der Luft nicht vollkommen erreicht wird. Bei dieser Behandlung der Defen kann es je nach Bauart der Defen erreicht werden, daß man mit einer Füllung am Morgen 24 Stunden, also bis zum anderen Morgen auskommt, und daß dann noch genügend Glut im Ofen ist, um die neue Beschickung zur Entzündung zu bringen. Auch für Zentralheizungen kann der Torf verwendet werden; es brauchen nur kleine Änderungen an den Feuerungen vorgenommen zu werden, zum Beispiel durch Zufuhr von Luft während des Anheizens in die für Torf zu kleinen Füllräume mittels besonderer Luftzuführungsrohre.

Erhebung des Fernsprechbeitrags.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In den letzten Tagen hat ein Schwindler versucht, den im Gesetz vom 6. Mai, betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren, festgesetzten einmaligen Beitrag für die Fernsprechan schlüsse (1000 M. für Hauptanschlüsse, 200 M. für Nebenanschlüsse) bei Teilnehmern in Berlin einzuziehen oder einen Beitrag von 2 M. zu den Kosten eines Probeunternehmens gegen die Erhebung des Fernsprechbeitrags zu sammeln. Der Mann trug eine Postmütze. Das Reichspostministerium weist deshalb darauf hin, daß die Fernsprechanstalten den Beitrag nicht durch Boten einzuziehen lassen werden, sondern daß an die Teilnehmer demnach durch ein besonderes Schreiben das Eruchen ergehen wird, den Betrag durch Ueberweisung oder durch Zahlkarte an das Postfachkonto des zuständigen Vermittlungsamtes zu entrichten. In dem Schreiben wird auch Näheres darüber enthalten sein, wie die Teilnehmer zu verfahren haben, die den Beitrag durch Vermittlung

der Deutschen Volksversicherung A.G. in Berlin-Schöneberg, Fühnelstr. 15a bezahlen sollen.

Preisbewegung auf dem Ledermarkt.

Nach einer in der „Frankf. Zig.“ vorgenommenen Zusammenstellung haben die Preise in Häuten, Fellen und Leder seit Ende Juni wieder etwas angezogen. Bei der Versteigerung am 30. Juni in Hamburg kostete das Pfund Rindschulter 6.15 bis 9.10 M., am 9. August in Stuttgart 9.35 bis 13.55 M., in Frankfurt am 17. August 9.20 bis 13.50 M.; das Pfund Kalbsfell 9.10 bis 10.55 M. bezw. 15.20 bis 15.70 M. bezw. 12.85 bis 14.95 M.; das Kilo Sohlleder im April 130—140 M., am 28. Juni nurmehr 60 bis 65 M., am 21. August 60 bis 75 M.; Vorkalf im April 65 bis 75 M., im Juni 23 bis 24 M., im August 18 bis 23 M.; Chevrax im April 80, im Juni 25 bis 34 M., im August 20 bis 35 M. Im April betrug der Herstellerpreis für Vorkalfschuhe 340 bis 370 M., im Juni und August nur mehr 190 bis 220 M. Die letzten deutschen Häuteauktionen brachten keine wesentlichen Preisänderungen. — Auch die Baumwollgarn- und Gewebepreise haben seit Ende Juli im Einklang mit der erneuten Verschlechterung des deutschen Marktes wieder angezogen.

Württ. Ziegenzuchtverein.

Kürzlich fand unter dem Vorsitz von Oberamtsrat Dr. Honeter die Landesversammlung der Württ. Ziegenzuchtvereine in Stuttgart statt, zu der auch die staatlichen Behörden und die Zentralstellen für die Landwirtschaft Vertreter entsandt hatten. Der Landesverband zählt 143 Vereine mit 9361 Mitgliedern. Als Geschäftsführer wurde Schlachthofdirektor a. D. Zee-Freundstadt bestellt. Ein Antrag des Ziegenzuchtvereins Neckarjura, die Regierung zu ersuchen, dem Landesverband Mittel zur Verfügung zu stellen, daß den Ziegenhaltern die Verluste durch die Maul- und Klauenseuche nach Möglichkeit ersetzt werden und daß das Viehseuchengesetz vom 8. Juli 1912 sofort auch auf die Ziegen ausgedehnt wird, fand allgemeine Zustimmung. Oberamtsrat Dr. Honeter, der im Sinne des Antrags bereits Besprechungen mit den zuständigen Stellen geführt hat, teilte mit, daß die Behörden weitgehende Unterstützung zugesagt haben. Die Seuche hat namentlich in Asperg unter den Ziegen verheerend geherrscht.

Vom Petroleumhandel.

Gegenwärtig herrscht auf dem gesamten Petroleummarkt Kampfszustand. Namentlich sind es englische und französische Kapitalisten, die in regem Wettbewerb mit Amerika Petroleumgebiete in ihre Hand zu bekommen suchen. Diese Bestrebungen interessieren naturgemäß auch den deutschen Petroleummarkt, umso mehr als bei den geringen eigenen Quellen Deutschlands für seine Versorgung fast ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist. In Rumänien ist Deutschland gegenwärtig nahezu ausgeschlossen, und englische, namentlich aber französische Kapitalisten beherrschen dort die Lage. Frankreich nützt seinen Einfluß dergestalt aus, daß die eigene Versorgung Rumaniens aufs schwerste gefährdet ist. Diesen Zuständen tritt neuerdings die rumänische Regierung mit einem großzügigen Plan entgegen, indem sie durch einen Regierungserlaß die gesamte Erdölherzeugung des Landes unter staatliche Aufsicht stellt und sämtliche Verkehrsmitel und Lageranlagen beschlagnahmt hat. Der Staat aber übt seine Rechte nicht selbst aus, sondern hat diese einer Gesellschaft, der „Industria Romana de Petro“ übertragen, die mit einem Kapital von 100 Millionen Lei arbeitet.

Was heute Flaschen kosten.

Nach der Fachzeitschrift „Der Mineralwasserfabrikant“, kosten jetzt Selters- und Limonadenflaschen ab Fabrik 3.40 bis 3.60 Mark. Unter Berücksichtigung von Fracht, Anfuhr, Bruch usw. kostet jede Flasche 4 Mark, die für nicht zurückgegebene Flaschen angerechnet werden müssen.

Mitmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck behauptet sich. Bei nördlichen Luftströmungen ist am Dienstag und Mittwoch trockenes, wenn auch zeitweilig bedecktes und immer noch meist kühles Wetter zu erwarten ist.

„Das Urteil der Vernunft“

von Otto Seltmann.

Im Volkschriftenverlag Calw ist vor einigen Wochen ein Buch erschienen, das vermöge seines Inhalts wie seines Verfassers eine Besprechung in diesen Blättern nahelegt. Lesen doch die Abonnenten des „Calwer Tageblatts“ Tag für Tag das Urteil des verantwortlich zeichnenden Schriftleiters über die großen und kleinen Ereignisse seit Jahren. Es muß den Leser besonders interessieren, die grundsätzlichen und tiefsten Gedanken dieses täglichen geistigen Beraters kennen zu lernen. Der aufmerksame Leser weiß es wohl, daß der Schriftleiter ein eigenes Urteil schreibt, das sich zumeist wohl bewährt hat; neu wird sein, daß er nunmehr auch unter die Schriftsteller gegangen ist und mit einem großen selbständigen Buch vor das Publikum tritt. Es mag als ein gewagter Versuch erscheinen, heutzutage im Zeitalter der Papiernot und der teuren Bücherpreise mit einem neuen 568 Seiten starken Buch aufzuwarten; wir glauben es aber kaum, daß der Verlag sich darin verrechnet hat, wenn er diesem Werk zu Gebote stand. Es ist ein eigenartiges Zeichen unserer Zeit, wieviel allenthalben in Deutschland und außerhalb unserer Grenzen darüber nachgedacht und geschrieben wird, woher letzten Endes das ganze Elend kommt, in dem wir mitten drin stehen. Unser gesamtes Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturleben ist durch den Krieg und seine Folgen auf das tiefste aufgewühlt; daher überall der Wunsch, die Quellen zu erforschen, an denen wir erkrankt waren, die Heilmittel dagegen zu finden und von dem bishen, was uns übrig geblieben ist, noch etwas zu retten, um darauf weiterbauen zu können. Unter den manchen Werken, die die letzte Zeit über diese Probleme gegeligt hat, wird einer nicht geringen Platz das vorliegende Buch von Otto Seltmann einnehmen. Auf jeder Seite erkennt man, wie er auf schwäbisch gesagt „Brettle geböhrt“ hat, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Er hat, obwohl noch ein junger Mann, schon viel auf Reisen gesehen und aus seinen Reisen einen Gewinn gezogen, der in diesem Buch seinen Niederschlag gefunden hat. Mit einer sicher-

lich selten zu findenden Beobachtungsgabe ausgerüstet, hat er die kurze freie Zeit der letzten Monate benützt, um niederzuschreiben, was ihn bewegte. Der Verfasser schildert im Vorwort, wie beengt er in seiner Arbeit war, vielleicht hat aber auch dieser äußerliche Zwang dazu mitgeholfen, die Ursprünglichkeit der Darstellung zu wahren; man merkt es vielfach der Arbeit an, wie der Verfasser sich die Gedanken frisch von Herz und Kopf heruntergeschrieben hat. Durchaus nicht, als ob dadurch die Schreibweise eine oberflächliche geworden wäre; vielmehr ist die Schreibweise durchweg eine flüssige und anschauliche. Der Verfasser hat sich ein System zusammengetragen, auf dessen tragenden Gedanken das ganze Buch aufgebaut ist. Wenn auch vielleicht der Titel nicht ganz glücklich gewählt ist, da die Ideen des Buchs weiter greifen, als der Titel vermuten läßt, schließt man nicht aus dieser etwas nüchternen Ueberschrift auf trodene Sätze. Freilich verlangt das Buch denkende Leser, die ihr eigenes Urteil schon gebildet haben; es ist aber auch gar nicht notwendig, dem Verfasser durch Did und Dinn zu folgen. Er bringt so viel Anregendes und so Mannigfaltiges aus allerlei Quellen, daß er jedem etwas bringen wird. Wir möchten das Buch ganz ausdrücklich als ein gesundes und ernstes Buch bezeichnen und sind davon überzeugt, daß es seinen Weg machen wird. Es kann naturgemäß nicht die Aufgabe einer kurzen Besprechung sein, den umfangreichen Band im einzelnen zu beleuchten oder gar Gedankenlängänge, auf denen wir dem Verfasser nicht zu folgen vermöchten, kritisch unter die Lupe zu nehmen. Wir möchten nur bedauern, was schon im Vorwort ausgesprochen ist, daß der Plan des ganzen Werkes etwas über den Haufen geworfen worden ist. Wenn wir die Endziele des Ganzen recht verstehen, so wollte der Verfasser in der Hauptsache die Gründe für die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände herausarbeiten. Zu diesem Zweck mußte er zurückgreifen auf den Menschen als Einzelwesen, und um dessen Innerstes zu zergliedern, auf die Entwicklungslehre. Unter den Händen ist ihm der Stoff zu den beiden ersten großen Problemen groß und größer geworden, und zum Schluß, wie es am interessantesten wird, mußte dann zusammengebrängt werden. Das ist schade, denn gerade in der Quintessenz des Buchs, in den letzten Abschnitten ruhen viele

und interessante Gedanken, die einer weiteren Ausführung wert gewesen wären. Eine spätere Uebearbeitung wird in dieser Richtung sicher leicht Abhilfe schaffen. Der ungeheure Stoff, der in dem Werk verarbeitet ist, wurde schon vorhin angedeutet; der Verfasser will den Ursprung und die gesetzmäßige Entwicklung des geistigen, seelischen und völkischen Lebens gemeinverständlich darstellen. Er sieht auf dem Standpunkt der Entwicklungslehre, die er auf Grund wissenschaftlicher Forschung als gegebene Größe annimmt, schildert zunächst die Entwicklung des Tieres von seinen primitivsten Formen bis zur höchsten Form, ebenso die des Menschen von der untersten heute bekannten Stufe bis hinauf in unser fein verästelt und kompliziertes Kulturleben. Er zeigt uns den Ursprung der Sprache, des Mienenspiels, dann das Werden des menschlichen Bewußtseins, das Wesen des menschlichen Geistes und kommt dann in einer größeren Abhandlung zum höchsten Problem, der Religion, zur Charakterbildung, den spezifischen Unterschieden zwischen Mann und Weib, zu den großen Begriffen der Volksgemeinschaft und des Volksbewußtseins, um mit der Darstellung des Wirtschaftslebens und des heutigen Zustands der einzelnen Völker, speziell im Krieg, zu enden. Man sieht, ein ungeheurer Stoff, bei dem beinahe jedes Kapitel eine große Literatur für sich hat. Dem Verfasser war aber augenscheinlich daran gelegen, alles im Hinblick auf sein System an diesem roten Faden der Entwicklung auf den Begriff zu bringen und unter diesem Gesichtspunkt die großen Züge herauszuarbeiten. Es läßt sich ja denken, daß jeder fertige Leser, und nur ein solcher wird zu dem Buch greifen, schon mit seiner eigenen Idee an die einzelnen Gedanken herantritt. Es wird ein reizvolles Unternehmen für ihn sein, seine Anschauung mit der Seltmannschen zu vergleichen und dadurch den tiefsten Problemen des Menschenlebens noch inniger auf den Grund zu gehen. Langweilig ist das Buch nirgends, wo ihres packt, da ist es interessant. Aus diesen Gründen halten wir das Buch für ein besonders wertvolles Buch und möchten ihm viele nachdenkliche Leser wünschen, die vorurteilslos prüfen und das Beste behalten, das das Werk mit das Seine beitragen, was sich der Verfasser besonders gewünscht hat, mitzuhelfen am Aufbau unseres zu Boden getretenen Vaterlandes. E. R.

Ortsvorstehertragung.

Im Stadtparksaal in Stuttgart hielt die Vereinigung der Ortsvorsteher ihre Mitgliederversammlung. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Schultheiß Rath-Lustnau, gehörten dem Verein sämtliche Ortsvorsteher des Landes und die Stadtvorstände der mittleren Städte an. Es wurde bedauert, daß die Steuerzulagen an Körperschaftsbeamte nach dem Gesetz vom 31. März ds. Js. nicht rückwirkend bis zum 1. April 1919 gemacht wurden. Die Dringlichkeit der neuen Besoldungsordnung wurde von Schultheiß Lorch-Kußdorf begründet. Das Gesetz soll bekanntlich aber demnächst im Landtag verabschiedet werden. In den Ausschüssen des Vereins wurden die Stadtschultheißen Doll-Biberach und Hauser-Herrenberg berufen. Der Mitgliederbeitrag wurde von 5 auf 10 M. erhöht. Schultheiß Rath hielt darauf einen Vortrag über das deutsche Wirtschaftsleben nach der Reichsverfassung, Stadtschultheiß Lamparter einen solchen über „Bessere Sicherung der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher“. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung soll diese Frage in Kürze weiter behandeln. Zur Besoldungsordnung wurde eine Entschließung angenommen, daß das neue Gesetz mit angemessenen Grundgehalten Orts-, Kinder- und Steuerzulagen nach den Grundsätzen für die Staatsbeamten bei dem Wiederzusammentritt des Landtags verabschiedet und die Einführung der Ortsvorsteher so wird, daß die Nachfrage nach Ortsvorsteherstellen auch seitens fähiger Köpfe erhalten bleibt. Zum Vizevorstand wurde Lamparter-Lauten gewählt.

Rechtkanal und Erwerbslose.

(S. B.) Heilbronn, 27. Aug. Ueber den Einfluß der Rechtkanalbauten auf die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose schreibt die „Heilbronner Abendzeitung“: Auf Grund der Tatsache, daß der Kanalbau samt Nebenanlagen mindestens eine Milliarde Mark auffordern wird,

die sich vorwiegend in Arbeitslöhnen umsetzen dürfte, läßt sich leicht der Schluß ziehen, daß eine große Anzahl Arbeiter, nicht nur direkt beim Kanalbau, sondern auch indirekt in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr für längere Zeit beschäftigt werden müssen, um Werte im Umfang dieses Betrages zu schaffen. Die Bauzeit des Kanals ist etwa auf 9-10 Jahre zu veranschlagen, es dürften also 3000-5000 Leute im Durchschnitt beschäftigt werden. Außerdem sind beim Bau des Dortmund-Emskanals 150 höhere Verwaltungs- und Baubeamte erforderlich. Insgesamt sind etwa 170 Verträge für Leistungen von Unternehmern und Kleinfirmen abgeschlossen worden, woraus hervorgeht, daß die Werklieferungen und Arbeiten in ganz kleine Lose und Abschnitte zerlegt werden konnten. Einzig für die Erdarbeiten und die großen Kunstbauten sind große Verträge abgeschlossen worden. Der größte Vertrag über Erdarbeiten belief sich auf 3 Millionen Mark. Auch beim Rechtkanal soll ein ähnliches Verdingungsverfahren unter weitgehender Berücksichtigung von Handwerk, Gewerbe und Kleinindustrie eingeführt werden.

Vorsicht mit Fremden.

Zur Fremdenlegion ist schon wieder ein noch nicht 17-jähriger Bursche von Heilbronn über Ludwigshafen abgereist, so daß die Eltern Antrag auf diplomatische Hilfe des Reichs zu seiner Freilassung stellen mußten. Die Verbetätigung für die Fremdenlegion nimmt immer größeren Umfang an. Man kann die jungen Leute nicht genug warnen, im Umgang mit Fremden vorsichtig zu sein.

(S. B.) Weil im Schönbuch, 27. Aug. Die Maul- und Klauenpeste, der hier etwa 130 Stück Vieh zum Opfer gefallen sind, ist nunmehr erloschen. Der Schaden, den die hiesigen Viehbesitzer erlitten, beträgt etwa 1 Million Mark.

(S. B.) Heidenheim, 27. Aug. Ueber die Ermordung des Schuhmachers und früheren Briefträgers Junginger von Heidenheim wird berichtet: Junginger ging am Sonntag mittag, mit Geld versehen, zum Ledereinkauf nach Heidenheim. Man fand ihn im Waldteil Mönchhalde am Albrechtsweg erschlagen. Er ist, da er sich jedenfalls gegen seinen Angreifer zur Wehr setzte, mit einem am Latort vorgefundenen Prügel erschlagen worden. Das Geld war ihm abgenommen, auch seiner neuen Stiefel hatte man ihn beraubt. Die schreckliche Tat ist wahrscheinlich am Sonntag nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr begangen worden. Die Sektion des nach Heidenheim überführten Leichnams erfolgte gestern. Vom Mörder hat man noch keine Spur.

(S. B.) Ellwangen, 27. Aug. Auf Antrag des Bischofs von Rottenburg haben auf der Bischofskonferenz in Fulda sämtliche Bischöfe eine Eingabe an den Papst unterzeichnet, um alsbaldige Wiederaufnahme des Seligsprechungsprozesses des Paters Philipp Jeningen, des Apostels vom Ries.

(S. B.) Eberstadt O. Weinsberg, 27. Aug. Dieser Tage kam der Sohn des Kaufmanns Hesser, Karl Hesser, nach 7-jähr. Aufenthalt in Australien in die Heimat zurück. Als nach Friedensschluß der Heimgekehrte danach trachtete, Australien zu verlassen, da galt es für ihn, den verhassten Deutschen, große Schwierigkeiten zu überwinden. Von Sidney, der Hauptstadt Australiens, ging die Reise über den Großen Ozean, vorbei an den Samoa-Inseln, wo in der Hauptstadt Apia 275 ausgewiesene Deutsche an Bord genommen wurden, weiter gings durch den Panamakanal. Nach 75-tägigem Aufenthalt auf dem Schiff erfolgte die Ankunft in Rotterdam. Während der ganzen Fahrt durfte kein Deutscher das Schiff verlassen.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
Das 1. H. bestellte Büchsenfleisch (Corned Beef) wird morgen Dienstag nachm. von 2-5 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 ausgegeben. Preis pro Dose Mk. 5.80.

Kommunalverband Calw.
An die Ortsbehörden.
Es kommt wieder eine Anzahl **Schuhwaren für Minderbemittelte** zur Verteilung und zwar:

54 Paar Herrentiefel,	175.— Mk.
9 " " "	125.— Mk.
17 " " "	90.— Mk.
64 " Damentiefel,	110.— Mk.
60 " " "	90.— Mk.
10 " Knabentiefel	70.— Mk.
23 " Mädchentiefel	70.— Mk.
38 " " "	50.— Mk.

Die Abgabe darf nur an Minderbemittelte und nur gegen Berechtigungsschein erfolgen. Nähere Anweisungen erteilt die Oberamtspflege.
Calw, den 28. August 1920. Bögel, Amtmann A. B.

Calw.
Dem Stadtschultheißenamt sind vom Kommunalverband zur Ausgabe an Minderbemittelte zugewiesen worden:

17 Paar Herrentiefel zu	Mk. 90.—
9 " " "	125.—
21 " Damentiefel "	90.—
10 " Knabentiefel "	70.—

Personen, welche von diesen Stiefeln wünschen, wollen sich morgen Dienstag vorm. von 8 bis 9 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 melden. Die Stiefel können bei H. Schuhmachermeister Dongus gegen Berechtigungsschein gekauft werden. Die Ausgabe der Berechtigungsscheine wird nach Prüfung der Bedürftigkeit später bekannt gegeben.
Stadtschulth.-Amt: A. B. Dreiß.

Schmalzfässer
werden am Dienstag, den 31. August 1920 nachm. 6 Uhr unter dem Rathaus meistbietend verkauft.
Calw, den 28. August 1920. Stadtpflege: Freg.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürl. giftfreie Heilverfahren ohne Berufsdrang bei **Nerven- und Stoffwechselleiden**
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden unregelm. Blut usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Neuhengst.
Fässer! Fässer!
In den nächsten 8 Tagen trifft bei mir eine Sendung **neue Lagerfässer** von 2-600 Liter haltend ein. Die Fässer sind aus prima eichen Bergholz (Handarbeit). Bestellungen hierauf nimmt entgegen
A. Weinmann, Gasthaus z. „Lamm“.

Amtsgericht Calw.
Im Genossenschaftsregister wurde heute bei der Spar- und Vorschußbank Calw, e. G. m. b. H. in Calw, eingetragen: Das bisherige Vorstandsmitglied Hugo Forstner, Kassier scheidet mit dem 28. August 1920 aus dem Vorstand aus.
Den 28. August 1920. Ger.-Assessor: Muff.

Stadtgemeinde Calw.
Der Holzabfuhrweg durch den Stadtwald, Walkmühleberg und Rötelsbach (Kentheimer Steigle) ist wegen Holzfällung für **jeden Verkehr gesperrt.**
Den 30. August 1920. Waldmeisteramt.

KLAVIERSTIMMEN, sowie alle Reparaturen an **Flügeln, Pianos, Harmoniums** werden bei billigster Berechnung unter Garantie bester fachmännischer Bedienung ausgeführt durch unseren Techniker, der in den nächsten Tagen dort anwesend ist. Gefl. Aufträge bitten wir in der Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes niederzulegen.

Schmid & Buchwaldt
Piano-Lager
Pforzheim, Wesillche 23.
1 Obersäger sowie 4 tüchtige Gattersäger sucht bei hohem Lohn; für Unterkunft und Verpflegung wird Sorge getragen
E. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach-Saar.

Magold.
Verkaufe morgen Dienstag in meinen Stallungen einen Transport schöne **Oberländer Milch- u. Läufer-Schweine**
Schweinehändler Riente.

Morgen Dienstag trifft ein großer frischer **Transport erstklassig. Läufer-Schweine**
ein.
Die Tiere sind oberamtstierärztlich untersucht.
Gustav Andreatta jr. Hirfau, Telefon Nr. 24.

Verloren am Sonntag Nachmittag ein schwarzes **Berhandtäschchen** vom D. d. e bis zur Delmühle Hütte in Stammheim. Abzugeben Schießberg 355.

„Concordia“ Calw.
Dienstag abend 8 Uhr gemischt. Chor.
Der Ausschuß.

Waschpulver Pfd. Mk. 2.—
Seifenpulver Pfd. Mk. 3.40, empfiehlt **Spar- und Consum-Verein.**

Mädchen-Gesuch.
Bescheidenes, fleißiges **Mädchen** für Haus und Garten auf 15. Sept. oder 1. Okt. gesucht. Freundliche Behandlung und guter Lohn zugesichert. Frau Forstner, Burm Stammheim bei Calw.

Nach Stuttgart tüchtiges **Mädchen,** das gut kochen kann und alle Hausarbeiten versteht, neben Zimmermädchen g e s u c h t. Guter Lohn und gute Behandlung. Näheres bei Frau Ing. Mühlberger, z. St. Javelstein, Gasthof „zum Lamm“.

Für sofort g e s u c h t ein 15-18 jähriges **Mädchen.**
Frau Marta Haffurter, Unterreichenbach O. Calw.

Ein tüchtiges **Mädchen** aus gut bürgerlichem Hause 21 Jahre alt, **sucht Stelle** auf dem Lande. Angebote unter P. 47510 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Holzäsche mit wenig Kohlenasche vermischt hat abzugeben. Wer, sagt die Geschäftsst. des Blattes.

An die freiorganisierte Arbeiterschaft von Calw.
Heute Abend 8 Uhr im „Badischen Hof“ **Versammlung**
Stellungnahme zum Generalstreik
Es wird erwartet, daß die Belegschaften aller hiesigen Betriebe vollzählig erscheinen. Ortsausschuß Calw.

Privat-Realschule Schömburg.
Aufnahme für das neue Schuljahr findet am 1. September ds. Js. statt.
Durch das Bestehen dieser Schule ist den in der Nähe von Schömburg wohnenden Eltern Gelegenheit geboten, ihre Kinder eine bessere Schule besuchen zu lassen. Die Aufnahme erfolgt nach Beendigung der dritten Volksschulklasse. Anmeldungen sind zu richten an **Privat-Realschule Schömburg: Hermann.**

Dr. Mezger ist zurück.
Sprechstunden: jeden Werktag (Dienstag ausgenommen) von 1-3 Uhr.

Von morgen Dienstag, den 31. ds., habe in meiner Stallung einen Transport schöne **Oberländer Milch- u. Läufer-Schweine** zum Verkauf.
Friedrich Stockinger, Schweinehändler, Gärtringen Fernsprecher Nr. 10.

Einen schönen **Halbhund** (Hofhund), hat billig zu verkaufen **Rudolf Großmann, Bad-Teinach.**
6-8000 guterhaltene **Dachziegel** hat zu verkaufen **Gustav Andreatta, alt, Hirfau.**

Nr. ...
Der ...
Mos ...
gebung d ...
Stellung ...
wieder a ...
der Nähe ...
gient hab ...
folge geg ...
über ung ...
Reich der ...
Rückzugs ...
ihren We ...
Dem pol ...
zerstreng ...
Ber ...
behandelt ...
und Ma ...
sich so b ...
in nächst ...
Koh ...
Ministers ...
erklärt, d ...
volle Ne ...
sammenst ...
schlägt d ...
ihren Tr ...
ten Gren ...
Suwalli ...
die litaur ...
fationsst ...
Kon ...
für Ausst ...
durch die ...
Winkl n ...
für Bitan ...
Unstimm ...
beauftrag ...
Wit ...
Abzug de ...
sich zu fü ...
spruch d ...
wurden fi ...
Kon ...
fener, an ...
Einwohn ...
pen nach ...
Polen in ...
(S. B.) ...
Lond o ...
Papst i ...
politische ...
die Lan ...
Friedens ...
doch eige ...
wenn es ...
hat Inter ...
Z ...
In ...
nationale ...
über das ...
ist eine ...
Krieg hat ...
gebracht ...
Rußland ...
werden m ...
zusammen ...
Eine Wie ...
Teil, wie ...
und kult ...
des mode ...
Verfaller ...
gen aufge ...
leit, Arm ...
den der ...
bunden, ...
abilisierte ...
Franzö ...
wendi ...
Genf ...
Sozialiste ...
Ca d i n ...
Lagen lan ...
Rußland